**Rede am 27.10.2023 auf dem Platz vor dem Übersee-Museum**

**Dr. Detlef Griesche (Vizepräsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.**

**Demonstration der Palästinenser Bremens am Hauptbahnhof „Stimmen erheben für unsere Geschwister in Gaza“**

**Liebe Freundinnen und Freunde, Salam**

Wir versammeln uns hier in einer enorm aufgeheizten öffentlichen Atmosphäre zu einer friedlichen Kundgebung. Zeigen wir den Bürgern durch Berichte im Fernsehen und Medien das berechtigte Anliegen der Palästinenser.

Wir haben schon auf der letzten Demonstration vor einer Woche jeden Antisemitismus verurteilt und Angriffe auf jüdische Institutionen deutlich abgelehnt!

**Zuallererst: das Bombardement des Gazastreifens muss sofort aufhören. Es muss ein sofortiger Waffenstillstand beschlossen werden mit anschließenden sofortigen Friedensverhandlungen, organisiert und begleitet von den wichtigsten einflussreichen Mächten der Welt.**

Wir erleben unvorstellbaren Tod und Zerstörung im Gazastreifen und in Israel. Tausende Menschen wurden getötet, verletzt, vertrieben und zweihundert bleiben in Geiselhaft, darunter Kinder und ältere Menschen.

Es gibt mittlerweile Stand heute schon über 7000 tote Palästinenser in Gaza, darunter ein hoher Prozentsatz Kinder, Frauen und Alte, die keine Chance haben sich in Sicherheit zu bringen. Denn wie wir hören, wird auch im Süden Gazas gebombt. Dort, wo die Menschen nach Israels Aufforderung hin fliehen sollen.

**Gestern bekamen wir die Nachricht, aus der der ganze Zynismus noch einmal deutlich wird. Im Flüchtlingslager Maghazi im Zentralgaza eine Bäckerei bombardiert wurde, just nachdem sie eine Lieferung Mehl (aus den wenigen Hilfslieferungen, die in Gaza ankamen, bekommen hat). Vor der Bäckerei stand eine lange Schlange, die auf Brot wartete. Bei diesem Angriff kamen 10 menschen ums Leben. Maghazi liegt südlich vom Wadi Gaza. Isarel hatte die Menschen ja aufgefordert, sich in das Gebiet südlich von wadi Gaza zu begeben, weil sie den Norden bombardieren wollte. Aber selbst dem gebiet südlich von Wadi Gaza sind die menschen nicht sicher. Zynischer geht es gar nicht mehr.**

Es gibt dazu noch fast 20000 Verletzte aktuell. Und was ein wenig untergeht in der Berichterstattung: es gibt auch in der Westbank seit dem Beginn der Kampfhandlungen über 100 Tote und 1900 Verletzte.

Wir stehen am Abgrund einer humanitären Katastrophe. Schon am Sonntag, dem 15. Oktober, appellierte der UN-Koordinator für humanitäre Hilfe im besetzten palästinensischen Gebiet an alle Konfliktparteien und an einflussreiche Mitgliedstaaten, dringend einem humanitären Waffenstillstand zuzustimmen.

Jetzt hat der UN-Generalsekretär Guterres hat in einer nicht zu übertreffenden eindeutigen Erklärung Israel zu einem sofortigen Waffenstillstand aufgefordert und Lastwagen mit humanitären Hilfsgüter in den Gazastreifen zu lassen. Die Reaktion Israels waren Drohungen gegen die UN! Ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der UN. Schon bislang hat Israel in den Jahrzehnten alle UN-Beschlüsse ignoriert, die zur Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzung aufforderten. Auch der ehemalige Chefdiplomat und UN-Botschafter Deutschlands und heutige Chef der Sicherheitskonferenz Heusgen hat die Äußerungen Guterres unterstützt wie auch viele Staaten in der UNO-Versammlung.

Leider ist die deutsche Regierung auch da nicht gefolgt, sondern unsere führende Politiker erklären noch gestern, dass die israelischen Soldaten die ethischen Standards einhalten und nehmen letztlich in Kauf, dass durch die Bodenoffensive weitere unzählige Palästinenser sterben. Unsere Regierungsspitze hat wohl noch nie davon gehört, dass israelische Besatzungssoldaten die nach dem Völkerrecht illegal in der Westbank lebenden Siedler bei ihren verbrecherischen und immer dreisteren Übergriffen auf die dort lebenden Palästinenser schützen, nicht aber die Angegriffenen. Im Gaza-Streifen passiert derzeit alles nach der sog. Dahiya-Doktrin, deren beide Grundsätze lauten: bei Gewalt gezielt mit unverhältnismäßiger Gegengewalt zurückschlagen; und: die zivile Infrastruktur angreifen, um die Bevölkerung zu demoralisieren und sie von der Unterstützung der Terroristen abzuhalten. Das ist genau das, was wir z.Zt. im Gaza-Streifen sehen. Übrigens war der Verfasser der Doktrin, Gadi Eizenkot, 2015-2019 isr. Generalstabschef.

*Das Internationalen Humanitären Völkerrecht fordert nicht nur den Schutz der Zivilbevölkerung, es gibt in der 4. Genfer Konvention auch das* ***Prinzip der Verhältnismäßigkeit****: Es „verbietet Angriffe, die verglichen mit dem zu erwartenden unmittelbaren und konkreten militärischen Vorteil unverhältnismässigen Schaden für die Zivilbevölkerung anrichten könnten. Es gilt das* ***Prinzip der Vorsichtsmaßnahme****: "Bei militärischen Operationen muss stets darauf geachtet werden, die Zivilbevölkerung und zivile Objekte zu schonen. Alle praktisch möglichen Vorsichtsmassnahmen müssen umgesetzt werden, um Tote und Verwundete in der Zivilbevölkerung und die Beschädigung ziviler Objekte zu vermeiden oder sie zumindest so gering wie möglich zu halten."*

Wir rufen **dagegen** auf, der Erhaltung menschlichen Lebens Vorrang vor allem anderen einzuräumen. Es muss einen sofortigen Waffenstillstands geben und zwar bedingungslos:

Die Lieferung lebensrettender Hilfe muss Vorrang haben, einschließlich Nahrungsmittel, medizinischer Hilfsgüter, Treibstoff und die Wiederaufnahme von Strom und Internet nach Gaza, zusätzlich zur sicheren Durchreise von humanitärem und medizinischem Personal. Befreiung aller zivilen Geiseln, insbesondere Kinder und ältere Menschen. Israel muss humanitären Konvois durchlassen, damit die UN-Organisationen Einrichtungen, Schulen, Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen im nördlichen Gazastreifen erreichen können. Die Anordnungen der israelischen Regierung zur Ausreise von Zivilisten aus dem nördlichen Gazastreifen sollten sofort aufgehoben werden. Patienten in kritischem medizinischem Zustand müssen umgehend evakuiert für dringende Hilfe außerhalb des Gazastreifens. Der UN-Sicherheitsrat, der UN-Generalsekretär und alle einflussreichen Staats- und Regierungschefs der Welt müssen sofort Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass ein Waffenstillstand in Kraft tritt und danach endlich Friedensverhandlungen beginnen unter Begleitung der wichtigsten Länder. Es bleibt die einzige Möglichkeit, weitere Verluste unter der Zivilbevölkerung und eine humanitäre Katastrophe abzuwenden.   Zivilisten sind keine Verhandlungsmasse.

**In Gaza haben die Vertreter der Vereinten Nationen erklärt, dass aufgrund der Belagerung Wasser, Lebensmittel, Treibstoff, medizinische Versorgung und sogar Leichensäcke zur Neige gehen. Die UN warnten davor, dass Menschen – insbesondere kleine Kinder – bald an schwerer Dehydrierung sterben werden. Stadtteile wurden zerstört und völlig in Schutt und Asche gelegt. Palästinenser auf der Suche nach Sicherheit können nirgendwo hingehen. Viele derjenigen, die nach dem Umsiedlungsbefehl der israelischen Armee vom nördlichen Gazastreifen in den Süden umzogen, wurden Berichten zufolge bei ihrem Fluchtversuch oder bei ihrer Ankunft im südlichen Gazastreifen bombardiert.**

Die Ereignisse der letzten Wochen haben uns immer weiter an den Abgrund einer unglaublichen humanitären Katastrophe geführt.  Schon am Sonntag, dem 15. Oktober, appellierte der UN-Koordinator für humanitäre Hilfe im besetzten palästinensischen Gebiet an alle Konfliktparteien und an einflussreiche Mitgliedstaaten, dringend einem humanitären Waffenstillstand zuzustimmen.

Die Situation in Gaza zeigt nicht nur die Bombardierung ziviler Einrichtungen. Auch die für die zivile Hilfe notwendigen UN-Institutionen wurden getroffen neben Schulen und der Rafah-Übergang wurde mehrfach bombardiert. Die orthodoxe Kirche wurde bombardiert. Das Absperrung von Wasser, Lebensmitteln, Medikamenten, verstößt gegen die 4. Genfer Konvention Wir setzen uns für Frieden ein. Gegen Angriffe auf Zivilisten – wer auch immer. Wir verurteilen alle Verbrechen. Verantwortliche dafür müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Aber Verbrechen kann man nicht mit noch mehr Verbrechen sühnen. Israel verübt Staatsterror gegen die Zivilbevölkerung. Die Palästinenser befürchten eine 2. Nakba. Sie sollten auf den Sinai gehen. Dies entspricht einem alten Plan, den Isarel seit den 1950ern regelmäßig ins Spiel bringt.

|  |
| --- |
| Viele deutsche Medien übernehmen die Perspektive der israelischen Rechtsregierung und Militärführung, ohne dass Raum für differenzierte nachdenkliche Argumentationen bleibt. Verweise auf jahrzehntelange Unterdrückung und mögliche Ursachen werden umstandslos als Ablenkung und Täter-Opfer-Umkehr gebrandmarkt. Selbst hochangesehene internationale Experten, die die völkerrechtswidrige Besatzungspraxis Israels kritisieren, werden des „israelbezogenen Antisemitismus“ bezichtigt.  Der Zorn ist umso verständlicher, wenn wir von Israelischen Politikern und Militärs eine Sprache hören, die wir in Deutschland zuletzt im Faschismus kannten. Wer Menschen als „Tiere“ bezeichnet, muss sich fragen lassen, wie weit es bei aller Wut und Zorn mit seiner Menschlichkeit her ist. |

|  |
| --- |
|  |

|  |
| --- |
|  |
|  |

**Es ist erst wenige Wochen her, dass Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu in der UNO-Generalversammlung stolz eine Karte zeigte, die den neuen „friedlichen Nahen Osten“ darstellen sollte. Da war kein Stück palästinensisches Land mehr zu sehen, sondern Groß-Israel vom „Fluss bis zum Meer“.** Das ist genau das, was den Palästinensern vorgeworfen wird als Beleg dafür, dass Palästinenser den Staat Israel auslöschen wollen. Das muss für beide Seiten gelten. Netanjahu rief mit dieser Karte dazu auf, den Staat Israel auf alle palästinensische Gebiete auszudehnen, Erez Israel. Warum darf dieser vor der UN für alle sichtbar, quasi die Auslöschung Palästinas aufrufen.

**Schon 1948 hat die ethnischen Säuberung (die Nakba) begonnen und die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung vertrieben. Die Nakba ist für die Palästinenser ein Prozess, der nie aufgehört hat. Wir sprechen von einer „On-Going Nakba“.Die Enteignungen palästinensischen Landes gehen weiter durch immer mehr Siedlungsbau.**

**Seit** 1967 sind das Westjordanland und die Golanhöhen durch ein völkerrechtswidriges Besatzungsregime drangsaliert Die palästinensische Bevölkerung wurde in alter kolonialistischer Manier hinter hohe Mauern und Zäune in einzelne Reservate quasi eingemauert und aller demokratischen Menschen- und Bürgerrechte beraubt. Die Palästinenser dürfen nur Nebenstraßen benutzen und müssen sich an zig Checkpoints ausweisen. Schikanen und Übergriffe regeln ihr Leben. Über das Westjordanland herrscht quasi eine Militärdiktatur und der von allen Seiten abgeriegelte Gazastreifen wurde nach dem Abzug der Israelis zum „größten Freiluftgefängnis der Welt“, zu dem ein UN-Bericht schon vor Jahren voraussagte, dass kein menschenwürdiges Leben mehr möglich ist.

Amnesty International und mehrere israelische NGOs wie auch ehemals hochrangige israelische Politiker haben in den letzten 2 Jahren Israel eindeutig als Apartheidstaat charakterisiert. Selbst die USA und viele liberale Jüdische Organisationen weltweit warnte noch vor kurzem vor der weiteren Ausdehnung der Annektion und Terror der Siedlerorganisationen. Die Netanjahu-Regierung kehrte unterdessen zu ihrer langjährigen Politik der Vertreibungs- und Unterdrückungspolitik zurück und verschärfte sie noch, da sie erkannte, dass die weltweite Isolierung und die internen Spaltungen der Palästinenser-Organisationen ausgenutzt werden könnten, um so die Möglichkeiten eines palästinensischen Staates zu untergraben.

**Der Israelische Ministerpräsident Netanjahu hatte schon früher 2019 vor Mitgliedern des Likud angekündigt: "Wer die Gründung eines palästinensischen Staates vereiteln will, muss die Hamas unterstützen und Geld an sie überweisen", erklärte Netanjahu im März 2019 vor Mitgliedern der Likud-Partei. "Das ist Teil unserer Strategie - die Palästinenser in Gaza von den Palästinensern im Westjordanland zu isolieren." Schon früher war es immer Politik, möglichst die Palästinenser zu spalten. Er wollte schon immer ein Gegengewicht zur PLO, um sagen zu können: es gibt niemanden, mit dem wir verhandeln können!**

Israel hat als die hegemoniale Macht nie den Versuch gemacht, eine Friedenslösung, die diesen Namen verdient, gemeinsam mit den Palästinensern zu finden. Die Zwei-Staaten-Lösung wäre es gewesen, die Saudi-Arabien 2002 gegen die Anerkennung Israels angeboten hat. Dieser Lösungsvorschläge wurde abgelehnt. Oslo war eine Chance. Rabin wurde von den eigenen Israelis umgebracht und seither gibt es keine Versuche mehr. Andererseits wurden nach den Osloer Verträgen mehr Siedlungen gebaut als je zuvor!

Im Gegenteil: in der ultrarechten Regierung, die nach der letzten Wahl ins Amt kam wurden Rassisten Minister wie Itamar BenGvir, die offen und ohne Widerspruch für eine völlige Annektion der Westbank eintraten und sogar wie der Minister für Finanzen Bezalel Smotrich offen verkündeten, Palästinenser gäbe es gar nicht.

Allein in diesem Jahr wurden vor dem Beginn der aktuellen Auseinandersetzungen mehr als 200 palästinensische Zivilisten, darunter 38 Kinder, in der Westbank von Besatzungssoldaten oder Siedlern erschossen.

Für die Palästinenser ist die Nakba nicht nur ein historischer Erinnerungstag, sondern eine sich fortsetzende Erfahrung: Um den Siedlungsbau in der Westbank voranzutreiben wird täglich palästinensischer Boden konfisziert, Häuser und Schulen werden zerstört, Menschen aus ihren Dörfern vertrieben. Landwirtschaftliche Flächen und Jahrhunderte alte Oliven-Plantagen – die Lebensgrundlage palästinensischer Bauern – werden zerstört. Diese Maßnahmen verstoßen alle gegen Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention, die auch Israel unterzeichnet hat.

**Sicherheit, Stabilität und Frieden in der Region des Nahen Ostens können nur durch die Gerechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit des palästinensischen Volkes erreicht werden. Es gibt keine militärische Lösung für diese jahrzehntelange vielschichtige und komplexe Situation zwischen Palästinensern und Israelis. Nur ein Ende der völkerrechtswidrigen Besatzung und eine gerechte Lösung für die Palästinenser wird eine nachhaltige Gewaltfreiheit ermöglichen.**

**Zunächst ist aber ein sofortiger Waffenstillstand zu organisieren um das Töten von Kindern, Frauen und alten Bürgern, die keine Fluchtmöglichkeiten haben, zu beenden. Wir fordern auch die Freilassung von Geiseln. Dann sollte, um eine nachhaltige Lösung für Frieden und Selbstbestimmung zu finden, endlich Friedensverhandlungen beginnen, organisiert und orchestriert von einflussreichen Nationen.**

**Die völkerrechtswidrige Besatzung muss ein Ende haben**

**Beide Seiten müssen Feinde als Menschen erkennen. Für Israels Sicherheit ist Hoffnung für die Palästinenser nötig**

**Ohne eine gerechte Lösung für das palästinensische Volk wird es im Nahen Osten keinen Frieden geben, das müssen alle begreifen.**

Vielen Dank für Euer Kommen und euren friedlichen Protest.

Salam